

## Öffentliche Veranstaltung des Ministeriums für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg

### EFRE.BB 21|27: Politisches Ziel 2 „Für ein grüneres, CO<sub>2</sub>-armes Europa“

#### Zusammenfassung des Veranstaltungstages

Nach der Begrüßung und Einleitung durch Kurt-Christoph von Knobelsdorff, Leiter der Abteilung Energie und Rohstoffe des Ministeriums für Wirtschaft und Energie, wurde in zahlreichen Vorträgen und Redebeiträgen die Vorstellungen der Landesregierung und verschiedener Akteure dargelegt. Anschließend wurden diese diskutiert. Die Präsentationen zu den Vorträgen und zu einigen Redebeiträgen stehen unter [www.efre.brandenburg.de](http://www.efre.brandenburg.de) zum Download zur Verfügung.

#### Vorträge I

- **Florian Kempkens**, Referent in der Verwaltungsbehörde für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Ministeriums für Wirtschaft und Energie (MWE), erläuterte in seinem Vortrag die Programmerstellung im europäischen Kontext. Es wurden dabei die Verhandlungen auf Ebene der Europäischen Union zu den Verordnungsentwürfen sowie zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) in den Fokus genommen, der die Grundlage für die zukünftige Förderperiode bildet. Er wies darauf hin, dass es aufgrund der noch nicht bekannten finanziellen und der noch nicht zu Ende verhandelten inhaltlichen, rechtlichen und technischen Vorgaben schwierig sei, bereits in den konkreten Planungsprozess einzutreten. Trotz der Unwägbarkeiten müssten jedoch die Vorbereitungen vorangetrieben werden.

Er ging auf wichtige Änderungen im Vergleich zur aktuellen Förderperiode ein, die einerseits schwierig für Brandenburg seien (z. B. voraussichtlich erhebliche Mittelreduzierung, Absenkung des EFRE-Kofinanzierungssatzes), andererseits aber auch positive Effekte mit sich brächten (z. B. Vereinfachungen im Verwaltungs- und Kontrollsystem, günstigere Schwellenwerte für die Einordnung in die Regionenkategorien). Er erläuterte den zukünftigen Aufbau des Programms (politisches Ziel, spezifisches Ziel, Untersetzung durch Maßnahmen und Indikatoren).

Einen wichtigen Stellenwert haben hierbei die Investitionsleitlinien der EU-Kommission, die im Anhang D zum Länderbericht Deutschland im Februar 2019 veröffentlicht wurden. Diese sehen für den EFRE nur drei der fünf politischen Ziele zur Förderung in Deutschland – und damit auch in Brandenburg – vor, außerdem schränken sie die Möglichkeiten der Ziele teilweise erheblich ein. Diese Empfehlungen sollten bei der Programmierung eingehalten werden, Abweichungen sind nur mit guter Begründung möglich. Dies sollte jedoch im Hinblick auf die sich reduzierenden EU-Mittel auch als Ausgangspunkt für die Konzentration der Mittel auf wenige wichtige Handlungsbedarfe betrachtet werden. Abschließend wurde – nach einer Rückschau auf die laufende Förderperiode – der weitere Vorbereitungsprozess erläutert.

- Über die Perspektiven der Energieförderung sprach **Kurt-Christoph von Knobelsdorff**. Gemeinsam mit **Klaus Lotzer**, Referatsleiter Energieförderung im MWE, stellte er den Stand der aktuellen Förderung vor, welche Fördergegenstände besonders nachgefragt werden und welche nicht. Dabei wurde verdeutlicht, dass das Beihilferecht sowohl die Fördermöglichkeiten einschränkt als auch verkompliziert. Die De-minimis-Förderung sei im Vergleich einfacher, aber auch immer noch mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden. Deshalb müsse auch geschaut werden, nicht mehr so kleinteilige Projekte zu fördern und verstärkt Pauschalen anzuwenden. Die beihilferechtlichen Regularien behindern teilweise sehr weitgehend die eigentlichen Zielstellungen der EU-Kommission und der Regionen. Deshalb habe sich Brandenburg auch in das Konsultationsverfahren der EU-Kommission zum Fitnesscheck der beihilferechtlichen Regelungen aktiv eingebracht.

Herr von Knobelsdorff wies weiterhin darauf hin, dass viele RENplus-Förderschwerpunkte dieser Förderperiode nicht mehr möglich seien, wenn die Investitionsleitlinien der EU- Kommission genau eingehalten würden. Es gibt erhebliche Einschränkungen der eigentlich nach dem Entwurf der EFRE-Verordnung vorhandenen Möglichkeiten für die deutschen Bundesländer.

Herr Lotzer führte aus, dass die gegenwärtigen Antragsverfahren zu kompliziert seien und einer Umstellung vom kostenorientierten zum zielorientierten Ansatz bedürfen. Da Umweltbeihilfen hochkomplexe Tatbestände seien, müssten verstärkt Beratungsaktivitäten in den Fokus rücken. Weiterhin bedarf es Regelungen zur Überschneidung zweier Förderperioden, da besonders große Investitionsvorhaben mit der Zeitspanne innerhalb einer Förderperiode nicht auskommen, insbesondere, wenn sie nicht gleich am Anfang bewilligt würden.

Abschließend erwähnte Herr von Knobelsdorff, dass seitens der Bundesregierung zahlreiche neue Förderungen zu erwarten seien und hier genau geschaut werden müsse, wie man sich gegeneinander abgrenze und wo eine kumulative Förderung sinnvoll sein.

## Diskussion

- In Bezug auf die zu erwartenden reduzierten EFRE-Mittel und die vielen Bundesprogramme wurde gefragt, inwieweit es auf Bundesebene bzw. in der Diskussion zwischen den Bundesländern Abstimmungen, auch ggf. zu Quotierungen der Strukturfondsmittel gebe. Darauf wurde erwidert, dass der Bund kein eigenes EFRE-Programm auflegen wird. Es müsse immer darauf geschaut werden, was der Bund an Programmen anbietet, ob diese eine Konkurrenz darstellen (einfachere Konditionen, bessere Fördersätze). Es stehen auch direkt verwaltete EU-Programme für die Förderung auch in Brandenburg zur Verfügung, die angesichts der reduzierten EFRE-Mittel stärker nachgefragt werden müssten.
- Eine weitere Frage bezog sich darauf, inwieweit die Verwaltungsbehörde dafür zur Verfügung steht, den Kontakt zu den fördernden Stellen der Bundesregierung herzustellen und unterstützend tätig zu werden, auch hinsichtlich der Bedarfsermittlung für Förderungen. Die Verwaltungsbehörde stellte daraufhin klar, dass sie keine Förderberatung anbiete und somit auch keine Vermittlung zu Bundesprogrammen herstellen kann.

## Vorträge II

- In seinem Vortrag ging **Dr. Philipp Riecken**, Referatsleiter für Grundsatzfragen der Kulturpolitik im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, vor allem auf die Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz in Kultureinrichtungen ein. Es gibt bereits eine EFRE-geförderte Studie aus dem Jahr 2015, die ein hohes Energieeinsparpotenzial in den 13 untersuchten Kultureinrichtungen feststellte. Darauf aufbauend sollte ein Programm aufgelegt werden, das Baumaßnahmen und die Verbesserung/Erneuerung technischer Anlagen berücksichtigt.  
Er leitete über zum Bedarf hinsichtlich historischer Gärten im Klimawandel, den **Prof. Dr. Michael Rohde**, Gartendirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, vorstellte. Dieser beschrieb die Herausforderungen der Gärten aufgrund von Stürmen, Sturzregen und Dürren der letzten Jahre. Dabei ging er auf bestehende Kooperationen z. B. zu Forschungseinrichtungen und die bereits vorliegenden Grundlagendaten aus dem Monitoring ein. Die Maßnahmen, mit denen den Herausforderungen begegnet werden sollen, reichen vom Wassermanagement und Bodenverbesserungen über Pflanzenverwendung bis zur Energieeinsparung (Stichwort Gewächshäuser).
- Über die Vorstellungen des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL) hinsichtlich von Förderungen im Rahmen des zweiten politischen Ziels sprach **Thyra Perlet**, Referentin in der Abteilung Umwelt, Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Sie stellte mehrere Ansätze vor: die Unterstützung der Umstellung auf abgasfreie Heizungen in Wohngebäuden

(gemeinsam mit anderen Ressorts), die Fortsetzung der aktuellen Projektförderung auf Altdeponien, den Wissenstransfer in Bezug auf Klimawandel, von dem vor allem Kommunen profitieren sollen, den Rückbau von Altdeponien zur Flächenrückgewinnung und Nutzung von Siedlungsabfällen für eine nachhaltige Ressourcennutzung und die Klärschlammbehandlung zur Phosphorrückgewinnung. Eine weitere denkbare Maßnahme ist die etwas veränderte Fortsetzung der Moorschutzförderung, diesmal mit dem Fokus auf der Nutzbarmachung der Paludibiomasse zur stofflichen und energetischen Verwertung.

Ergänzt wurden die Ausführungen durch **Ute Schreiber**, Referatsleiterin für Grundwasser, Bodenschutz, Altlasten und Bergbaufolgen im MLUL, die auf die Notwendigkeit der Sanierung von Grundwasserkontaminationen im Einzugsgebiet von Wasserwerken einging. Diese wird unter anderem durch die Jahre mit zu wenigen Niederschlägen und der damit verbundenen geringeren Grundwasserneubildung hervorgerufen. Gleichzeitig werden durch die Verdichtung der Wohnbebauung im Raum um Berlin die Brunnen stärker genutzt und mehr Grundwasser gefördert. Für die Schutzmaßnahmen gibt es bisher kaum Finanzierungen, so dass gerade der Status quo erhalten werden kann.

**Synnöve Pogadl**, Referentin für Hochwasserschutz, Stabilisierung und Wasserhaushalt im MLUL, schloss den Beitrag des Ministeriums mit der Vorstellung der möglichen Maßnahmen zur Unterstützung von Hochwasserschutzmaßnahmen und der neuen Bedarfe aufgrund gehäufter Starkregenereignisse ab.

## Diskussion

- Es wurde gefragt, inwiefern die Klimaanpassung der Landwirtschaft und zum Beispiel Konzepte, die hierzu zu entwickeln sind, in die Überlegungen einbezogen werden. Hierzu führte Frau Perlet aus, dass die Förderung eher auf regionaler Ebene angelegt werden sollte, nicht mit dem Schwerpunkt Landwirtschaft.
- Weiterhin interessierte sich eine Teilnehmerin für die Moorschutzförderung. In Potsdam gäbe es viele Moorflächen. Die Landwirte, die dort tätig seien, brauchten alternative Einnahmequellen. Die Unterstützung braucht die Stadt nicht so sehr auf der konzeptionellen Ebene, sondern eher dabei, wie an die Landwirte herangekommen werden kann. Darauf antworteten die Vertreterinnen des MLUL, dass es hierfür noch keine Lösung gäbe, aber gegebenenfalls der neue Koalitionsvertrag hierzu aufschlussreich sei. Außerdem seien aber beim Moorschutz auch investive Maßnahmen direkt bei den Landwirten vorgesehen, auch zum Beispiel für Verwertungsanlagen. Die Leiterin der ELER-Verwaltungsbehörde wies darauf hin, dass auch im ELER (Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen die Förderung des Moorschutzes möglich sei.
- Ein Teilnehmer bezog sich auf den Vortrag zu den Gärten im Klimawandel, von Prof. Dr. Rohde, und auf die Schilderung, wie die Holznutzung erfolgt. Er stellte dar, dass die Verwendung als Bauholz sinnvoll sei (als CO<sub>2</sub>-Speicher), nicht jedoch die Nutzung als Brennstoff (CO<sub>2</sub>-Freisetzung). Prof. Rohde erwiderte, dass der Einsatz von Holz als Brennstoff sehr differenziert gesehen werden müsse, z. B. wenn daraus Biokohle oder Torfersatz hergestellt wird.
- Eine Frage richtete sich an die Vertreter des Wirtschaftsministeriums hinsichtlich eines Förderprogramms für Kreislaufwirtschaft. Ausgangspunkt seien die Wirtschaftsakteure, die sich für den Einsatz erneuerbarer Rohstoffe interessieren. So geht es beispielsweise um den Umgang mit Biokunststoffen, nachhaltige Kunststoffwirtschaft, was auch ein Thema im entsprechenden Cluster sein wird. Fragen sind beispielsweise, wie sich Biokunststoffe re- oder upcyclen lassen oder wie sie sicher im Produktionsprozess eingesetzt werden können. Herr von Knobelsdorff verwies hier auf die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW-G), die Investitionen in Anlagen unterstütze. Der Fragesteller erwiderte, dass es hierzu auch Beratungsleistungen bedarf, nicht unbedingt Investitionsunterstützung.

- Durch welches Monitoring Industriebranchen überwacht werden, interessierte eine Fragestellerin. Es müsste doch möglich sein, diese Flächen zu reaktivieren und zu sanieren. Frau Schreiber führte dazu aus, dass die Standorte im Landesumweltamt bekannt seien und im Altlastenkataster enthalten sein müssten.
- Ein Teilnehmer verwies darauf, dass es ein vom Bundesumweltministerium verwaltetes Programm zur deutschen Anpassungsstrategie gebe und fragte, wie sich denn die vorgestellten Maßnahmen hiervon abgrenzten. Dies konnte nicht beantwortet werden.

## Redebeiträge

- **Jan-Hendrik Aust, Handwerkskammer Potsdam**, unterstrich deutlich, dass die derzeitige personelle und zeitliche Belastung bei Antragstellungen für Fördermittel unangemessen hoch sei. Die Komplexität der Anträge erfordere häufig Hilfestellungen durch die Handwerkskammer. Auch die Wartezeiten bei Mittelabrufen und Verwendungsnachweisen dauerten zu lange, was vor allem bei einer Vorfinanzierung mit Hausbanken nicht zumutbar sei. Eine Energieeffizienzförderung sollte auch auf die Bedarfe der oft sehr kleinen Unternehmen zugeschnitten sein, d. h. klare Fördergegenstände, Festbetragsförderung, nicht x Euro/Tonne CO<sub>2</sub>, da absolute Energieverbräuche zu gering sind. Weiterhin sprach er eine notwendige Vereinfachung der Förderung von Speicher- und Energiesystemmanagement an sowie den Bedarf an Unterstützung der Einführung von Elektromobilität (Ladeinfrastruktur, Beschaffung Fahrzeuge). Dazu gehöre ebenfalls die Elektrifizierung bisher kraftstoffbetriebener Arbeitsmaschinen.  
Da Handwerksbetriebe Teil der regionalen Wirtschaft und Kreislaufwirtschaft seien und damit einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisteten (z. B. kurze Wege), sollte bei Förderungen auf das Gebot des überregionalen Absatzes verzichtet werden. Er schlug außerdem vor, die Brandenburger Umweltpartnerschaft mit einem Förderprogramm zu ergänzen, um deren Attraktivität für Unternehmen zu steigern.
- **Amrei Münster, BUND**, stellte einen Zusammenhang zwischen den EU-Klima- und Umweltzielen, der UN-Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung (SDG) und der E-Strukturfondsförderung her. Sie ging auf die Kerninhalte eines nachhaltigen operationellen Programms ein, wozu neben den umweltbezogenen Akzenten auch die stärkere öffentliche Beteiligung gehört. Sie berichtete, dass die Umweltverbände sich an die EU-Kommission gewendet haben um auf die stark einschränkenden Investitionsleitlinien hinzuweisen. Daraufhin habe diese mitgeteilt, dass es sich nur um eine Grundlage für die Diskussion der dann einzureichenden operationellen Programme handele. Demnächst werde vom BUND ein Muster für ein nachhaltiges operationelles Programm erarbeitet und vorgestellt.
- **Joachim Fritz Schneider, Architekt**, stellte ein Projekt vor, dass er für das Senckenberg Deutsche Entomologische Institut in Müncheberg plant. Ein Erweiterungsgebäude soll in massiver, naturbelassener Holzbauweise ohne Leim oder Dampfsperren errichtet werden, dass außerdem noch energieautark und CO<sub>2</sub>-positiv ist. Er erläuterte die konkreten Umstände und warb für eine Unterstützung aus EFRE-Mitteln.
- **Cordine Lippert, Bereichsleiterin Klimaschutz der Landeshauptstadt Potsdam**, berichtete, dass die Stadt den Klimanotstand als Symbol ausgerufen habe. Schon vorher habe sich die Stadt für ambitionierte Klimaziele verpflichtet. Als größte Einzelmaßnahme verwies sie auf den Wärmespeicher neben dem Heizkraftwerk Potsdam-Süd, der 2016 in Betrieb genommen wurde. Aber beispielsweise erweise sich der Klimacheck für Vorlagen als sehr schwierig. Aus ihrer Sicht sei die Stärkung des Quartiersansatzes für die Energieversorgung wichtig. Dazu gehöre die Unterstützung von Investitionen in Energienetze, aber auch die passive Klimatisierung. Während KfW-Kredite für Neubauvorhaben gut seien, erwiesen sie sich für Sanierungsvorhaben als zu kompliziert. Hierfür wäre eine andere Förderung hilfreich. Die Förderung solle auch nicht nur bei den Mehrkosten über den gesetzlichen Standard hinaus ansetzen. Die Bundesförderung habe immer nur Einzelmaßnahmen im Blick, es gebe keine ganzheitliche Betrachtung. Die Auswirkungen des Digitalpakts Schule vernichten aber beispielsweise sämtliche bisherigen

Energieeffizienzgewinne. Hier wären Serverstationen im Umland notwendig, die entweder durch Solar- oder Windparks betrieben sein sollten (Stadt-Umland-Beziehungen). Außerdem sei die städtische Mobilität sehr wichtig, hier bestehe ein hoher Investitionsbedarf. Abschließend nannte sie noch den Moorschutz. Es gäbe ca. 2.000 ha Moorflächen auf dem Gebiet der Landeshauptstadt, die bei Reaktivierung ein hohes CO<sub>2</sub>-Speicherpotential hätten. Bei einer Unterstützung solle auch der Flächenerwerb förderfähig sein. Es gäbe immer noch Probleme mit der Akzeptanz durch die Bauern. Außerdem könnten z.B. Paludikulturen für die Quartiersversorgung mit Wärme genutzt werden.

## Diskussion

- Die Nachfrage, ob Potsdam in dieser Förderperiode einen Antrag im Rahmen des EFRE-geförderten Moorschutzprogramms gestellt hätte, wurde verneint. Eine Vertreterin des Umweltministeriums verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass die derzeitige Förderung auf Landwirte und nicht Kommunen ausgerichtet sei.

## Redebeitrag

- **Kristian Kreyes, Bereichsleiter Wirtschaft in der Investitionsbank des Landes Brandenburg** (ILB), stellte die aktuellen Überlegungen der ILB zur neuen Förderperiode vor. Diese beziehen sich einerseits auf eine Optimierung und Anpassung des Förderprogramms RENplus 2014 bis 2020. Andererseits werden die Förderung von Klärschlammverwertungsanlagen und ein Energieeffizienzfonds als möglich angesehen (ähnlich NRW). Hingegen sind die aktuellen Deponie- und Moorschutzrichtlinien aus Sicht der ILB nicht für eine Fortsetzung der Förderung attraktiv (kritisch im Hinblick auf Effizienz des Mitteleinsatzes).

## Diskussion

- Herr von Knobelsdorff wies darauf hin, dass nicht nur darauf geschaut werden müsse, was möglich sei, sondern auch, was notwendig sei, um Verfahren zu vereinfachen. Im Hinblick auf einen Fonds wandte er ein, dass zwar der Vorteil darin bestehe, Mittel immer wieder einsetzen zu können, es aber andererseits ein sehr komplexes Thema sei und die Kommunen eher an Zuschüssen interessiert seien.
- Ein Vertreter der Wirtschaftsförderung Brandenburg ergänzte zum Energieeffizienzfonds, dass vielleicht eine Kombination aus Zuschuss und Darlehen eine gute Möglichkeit wäre und verwies auf Sachsen-Anhalt, wo damit bereits Erfahrungen gesammelt worden seien. Neben den Kommunen kämen auch soziale Träger und Kultureinrichtungen infrage.
- Hinsichtlich des Moorschutzes bat eine Vertreterin des MLUL darum, erst abzuwarten, wie sich die Förderung tatsächlich entwickle, da das Förderprogramm erst vor einem halben Jahr gestartet sei.
- Frau Lippert von der Landeshauptstadt Potsdam unterstrich noch einmal, dass die Abrechnung von Förderprojekten zu kompliziert und aufwändig sei. Ein kleiner RENplus-Antrag erfordere einen hohen Dokumentations- und Nachweisaufwand. Dazu wandte Herr Kreyes ein, dass zwar die Zahlungsnachweise tatsächlich sehr aufwändig wären, allerdings die Prüfbehörde hierauf sehr viel Wert bei den Prüfungen lege.

## Redebeiträge

- **Christiane Schröder, Landesgeschäftsführerin des NABU Brandenburg**, trug vor, dass der NABU vordergründig auf den ELER fokussiert sei. Es brauche wahrscheinlich eine stärkere Vernetzung der Naturverbände, um bessere Ergebnisse bei der Einflussnahme zu erzielen. Sie

verwies darauf, dass es ein Erfahrungsaustausch für Antragstellende in kleinerer Runde notwendig sei und dass es dringend besserer Konzepte bedarf, um nicht noch mehr Bürokratie zu schaffen. Es gäbe eine zu starke Fokussierung in den Richtlinien, so dass dadurch möglicherweise gute Ideen und Innovationen ausgegrenzt würden. Manchmal schaffe man auch mit wenig Geld gute Ergebnisse.

- Winfried Brenne, Architekt, stellte die energetische Ertüchtigung von Baudenkmalen und die damit verbundenen Herausforderungen vor. Er nutzte dabei das Ofenmuseum in Velten als Beispiel. Es bedürfe intensiver Investitionen, da es einen großen Sanierungsstau gebe. Gerade für den Denkmalschutz im Industriebau werde eine integrale Planung benötigt, die es häufig ermögliche, mit relativ einfachen Mitteln große Einsparungen zu erzielen. Die kreative Nutzung alter Gebäudestrukturen seien dabei von Vorteil.

Herr von Knobelsdorff fasste zusammen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen Ressorts sehr engagiert seien, die Förderung an den Bedarfen auszurichten. Aktuell befände man sich noch in der Frühphase, es fänden noch Abstimmungen zwischen den Ressorts, mit den Verwaltungsbehörden der anderen EU-Fonds und mit ILB und WFBB statt.

Herr Kempkens wies abschließend darauf hin, dass in die Überlegungen die Erfahrungen der aktuellen und der vergangenen Förderperioden einbezogen würden und dass die noch unklaren Zielvorgaben und Regularien auf EU-Ebene den Vorbereitungsprozess verkomplizieren. Viele der bisher bekannten Einschränkungen durch die EU-Kommission seien zu eng, so dass gegebenenfalls verhandelt werden müsse, wo Brandenburg darüber hinaus gehen könnte. Allen Akteuren sei bekannt, dass die Förder Richtlinien häufig zu komplex und schwierig seien, es trotzdem nicht möglich sein werde, alles zu vereinfachen.

Ergänzende Stellungnahmen, Anregungen und Beiträge können an die Verwaltungsbehörde übermittelt werden. Hierzu wurde eine gesonderte E-Mailadresse eingerichtet: [zukunft-efre@mwae.brandenburg.de](mailto:zukunft-efre@mwae.brandenburg.de).